

Die Atommüll-Kommission ist am Ende. Sie ist gescheitert.

Nicht weniger als ein „belastbarer nationaler Lösungsansatz“ für die möglichst sichere Lagerung radioaktiver Abfälle sollte gefunden und ein „breiter gesellschaftlichen Diskurs“ organisiert werden. Nach zwei Jahren bleibt ein Scherbenhaufen.

Der breite gesellschaftliche Diskurs fiel wegen Zeitproblemen aus. Der einzige mit dem Thema vertraute Umweltverband, der sich an der Kommission beteiligte, lehnt den Bericht ab, genauso wie der Großteil der Initiativen und Verbände in der Anti-Atom-Bewegung. Die größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag hält das Suchverfahren für ungeeignet. Die AKW-Betreiber tragen manche Passagen des Berichts nicht mit. Ein Wissenschaftler, der noch in der letzten Woche bei der Schlussabstimmung zugestimmt hat, sagte gestern auf einer Pressekonferenz, dass er die Kriterien falsch findet. Die Bundesländer Bayern und Sachsen kündigen ihren Widerstand gegen die Untersuchung kristalliner Gesteinsformationen an.

Die Mehrheit in der Kommission für den Abschlussbericht konnte nur erzielt werden, weil strittige Punkte ausgeklammert, geologische Kriterien möglichst vage formuliert und damit wesentliche Entscheidungen der neuen mächtigen Atommüll-Behörde überlassen wurden. Zum Streitpunkt Gorleben gibt es sogar zwei sich völlig widersprechende parallele Darstellungen im Kommissionsbericht, weil man sich nicht einigen konnte. Der Konflikt ist nicht gelöst, sondern lediglich vertagt. Außer Spesen nichts gewesen.

Die weiße Landkarte ist nicht mehr als ein PR-Konstrukt. Längst sind zahlreiche Gebiete ausgeklammert. Ein Beispiel: Der CDU-Abgeordnete Andreas Jung aus Konstanz, der für die Unions-Fraktion in der Kommission saß, verkündete bereits stolz, dass es gelungen sei, ein Kriterium im Abschlussbericht zu verankern, mit dem die Tonvorkommen in seinem Wahlkreis von der Suche ausgeschlossen werden. Gleichzeitig vertritt Jung die Position, dass es keine Kriterien geben dürfe, die Gorleben ausschließen, denn dann gäbe es ja keine weiße Landkarte mehr.

Wir stellen fest:

Das Ergebnis der Atommüll-Kommission ist nicht dazu geeignet, den gesellschaftlichen Konflikt um die strahlenden Abfälle zu überwinden. Mit dem anvisierten Suchverfahren wird das Ziel einer risikoarmen Lagerung von Atommüll nicht erreicht. Die Empfehlungen der Kommission sind so vage gehalten, dass damit jeder politisch ausgehandelte Standort legitimiert werden kann. Nach den Plänen der Kommission werden die betroffenen Bürgerinnen und Bürger keine echten Mitbestimmungsrechte haben. So provoziert man Protest an möglichen Standorten, so organisiert man die Eskalation von Konflikten.

Wir sagen Nein zum Standortauswahlgesetz, zum Bericht der Atommüll-Kommission und zur Atommüll-Politik der Bundesregierung. Dafür werden wir teilweise heftig angegriffen. Die Kommissions-Vorsitzende Ursula Heinen-Esser schreibt: „Sich an der Suche nach Lösungen zu beteiligen ist schwer. Protest ist einfach.“ Der „Tagesspiegel“ bezichtigt uns sogar der „Feigheit“.

Nein, Frau Heinen-Esser, Protest ist nicht einfach. Und nein, er ist auch nicht feige. Wer schon einmal in einer kalten Novembarnacht auf der Castor-Strecke 30.000 Polizisten gegenüber saß, weiß das.

Kritik und Protest waren und sind immer wieder entscheidende Triebfedern, um dem Ziel einer möglichst risikoarmen Atommüll-Verwahrung näher zu kommen. Ohne Protest würden noch heute strahlende Abfälle ins Meer gekippt, würde Atommüll ins einsturzgefährdete Lager Morsleben eingelagert, wäre der Asse-Skandal nicht aufgedeckt worden. Ohne Protest wäre die extrem umweltbelastende Wiederaufarbeitung nicht beendet worden, hätte es deutlich mehr gefährliche Castor-Transporte gegeben, wären keine Atomkraftwerke abgeschaltet worden.

Das Ziel der Anti-Atom-Initiativen ist ein Mehr an Sicherheit bei der Atommüll-Lagerung. Dafür kämpfen wir seit Jahrzehnten, haben dabei schon viel erreicht (zum Nutzen aller) und werden es weiter tun.

Alleine während der Arbeit der Atommüll-Kommission gab es mehrere große Tagungen und weit über 300 örtliche Veranstaltungen in der ganzen Bundesrepublik, mit denen Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände zum Thema diskutiert und informiert haben. Schauen Sie mal auf die Internetseite atommüllreport.de, um zu sehen, was die Anti-Atom-Bewegung an Informationen zum Thema zusammengetragen hat. Die Umweltorganisation Greenpeace hat ein Konzept für ein alternatives Suchverfahren entwickelt und vorgestellt.

Zahlreiche örtliche Bürgerinitiativen an den Atom-Standorten mischen sich kraftvoll in die Debatte an den Anlagen ein und sind eine Stimme der sicherheitstechnischen Vernunft gegen Billig-Lösungen für den Atommüll.

Nein, Frau Heinen-Esser, wir machen es uns nicht leicht. Tausende kümmern sich, fast ausnahmslos in ihrer Freizeit, mit inzwischen hoher Fachkompetenz um ein Problem, für dessen Entstehung sie keine Verantwortung tragen – und das vermieden worden wäre, hätte man die früh geäußerten Bedenken ernst genommen.

Diese Gesellschaft wäre heute auch im Umgang mit dem Atommüll-Problem schon deutlich weiter, hätte man in den letzten drei Jahren auf unsere Kritik am Endlagersuchgesetz, an der Kommission und an der Atommüll-Politik der Bundesregierung gehört.